

Stuttgart 21 stoppen



Extrablatt der SAV Stuttgart - Mai 2011 - gegen Spende

Kein Verlass auf Grüne/SPD-Regierung Koalitionsvereinbarung zu S 21: abgelehnt!



Ist der Regierungswechsel in Baden-Württemberg der Anfang vom Ende von Stuttgart 21? Geht es der Bahn und den beteiligten Firmen nur noch darum die Ausstiegskosten in die Höhe zu treiben? Bringen Stresstest, Kostenexplosion und bautechnische Probleme Stuttgart 21 zu Fall? Was bringt uns die neue Landesregierung? Wie soll es weiter gehen im Widerstand? Das sind die Hauptfragen, die derzeit unter den Aktiven diskutiert und sehr unterschiedlich beantwortet werden.

„Stuttgart 21 wird nicht mehr gebaut“, so zitiert die Stuttgarter Zeitung am 4. Mai Gangolf Stocker. Worauf der Begründer und jahrelang führende Kopf des Widerstands seine Position begründet, bleibt offen. Mit Bundesverkehrsminister Ramsauer und den beteiligten Firmen im Rücken unternimmt die Bahn jedenfalls einen neuen Anlauf Stuttgart 21 durchzuboxen. Deshalb muss der Widerstand entschlossen fortgesetzt werden bis tatsächlich nicht mehr gebaut wird.

Erfolge des Widerstands

Mappus wurde abgewählt. Föll ist als Vorsitzender der Stuttgarter CDU und Andriof (CDU) als Sprecher des S-21-Kommunikationsbüros zurückgetreten. Siegfried Stumpf hat sieben Monate nach dem Schwarzen Donnerstag seinen Posten als Stuttgarter Polizeichef geräumt. Am 16. Mai wurde auch noch der Rücktritt von Hany Azer bekannt. Die Pro-Seite ist demoralisiert. Das sind Ermutigungen für den Widerstand gegen Stuttgart 21. Widerstand lohnt sich- diese Erkenntnis setzt sich bei vielen Menschen durch. Leute, die sagen, Stuttgart 21 würde sowieso gebaut, Widerstand sei zwecklos, sind seltener geworden. Es vergeht keine Woche, in der nicht weitere, mitunter massive Probleme bei der Realisierung des Wahnsinnsprojekts auftauchen:

- Eine vom „stern“ Anfang April veröffentlichte bahnin-ternes geheimes Risikodossier geht von 121 Risiken und bis zu 3 Milliarden Mehrkosten aus.
- Wolff & Müller hat festgestellt, dass der Bau des Technikgebäudes die Statik des Bonatzbaus gefährdet
- Bisher ist keine Firma bereit die Untertunnelung des Neckars und des Daimler-Werkes zu machen. Im Untergrund des Daimler-Geländes werden Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg vermutet.
- Die für die Planung des Gleisvorfeldumbaus zuständige Firma erhebt bei einem bisher realisierten Auftragsumfang von zehn Millionen Euro bereits vier Millionen Euro Nachforderungen. Das ist eine Kostensteigerung von 40 %. Quelle STZ 27.4.2011.
- In einem Brandbrief an den Bahnvorstand hat Chefplaner Hany Azer im April die Einsparpotenziale von 900 Millionen für nicht realisierbar gehalten und eine Neubewertung der Risiken eingefordert.
- Statt bisher 3 Milliarden Liter will die Bahn in sieben Jahren Bauzeit bis zu 6 Milliarden Liter Grundwasser abpumpen und wieder in den Boden infiltrieren.
- Die Grundwasserabsenkung am Bautrog führt zur Absenkung des Grundwassers im Bereich von bis zu 200 Meter um die Baugrube. Das gefährdet alle Bäume, die hier stehen.
- Laut Arno Luik ist die notwendige Übereignung von 1.500 Grundstücken für Stuttgart 21 noch völlig ungeklärt. Dazu gehören auch 600 Grundstücke, die die Bahn kostenlos von der Stadt übertragen bekommen möchte.
- Die Mineralwasserströme verlaufen ganz anders und gefährden die Mineralquellen weit mehr als bisher angenommen.

Diese zusätzlichen Probleme sind Wasser für die Mühlen des Widerstands. Aber wir können nicht darauf vertrauen, dass sie die Projektbetreiber von ihren Plänen abbringen. Arno Luik vom „stern“ sagte bei der Großveranstaltung über die „121 Risiken des Megaprojekt S 21“ am

20.4.2011 im Rathaus zutreffend: „Sie wissen was sie tun und sie tun es trotzdem.“

Keine Illusionen in die Grüne/SPD-Regierung

Seit Beginn der Planungen Mitte der 1990er Jahre ist die SPD-Spitze Befürworterin von S 21. Sie ist Teil des Filzes aus Wirtschaftsbossen und korrupten Politikern. Vor der Landtagswahl wurde bekannt, dass die SPD von Tunnelbohrer Herrenknecht im Jahr 2009 eine Spende bekommen hat. Nicht ganz so viel wie die CDU, aber immerhin 30.000 Euro. Die SPD ist eifrigste Verfechterin der Volksabstimmung, wohlwissend, und gerade deshalb, dass sie durch ein so gut wie nicht erreichbares hohes Quorum von 33% der Wahlberechtigten ihre Zustimmung am elegantesten begründen kann. Auch wenn die SPD davon spricht, dass Stuttgart 21 dadurch „demokratisch legitimiert“ würde, ist die geplante Volksabstimmung das Gegenteil von Demokratie. Das Aktionsbündnis und die Parkschützer hätten diesen Betrug von Anfang an deutlich machen müssen, anstatt SPD-Politiker auf Stuttgart-21-Demos ihre scheindemokratische Volksabstimmung als Demokratie und als Unterstützung der Bewegung verkaufen zu lassen. Die gleiche SPD hat in Stuttgart trotz 67.000 Unterschriften 2007 das Bürgerbegehren im Gemeinderat abgelehnt.

Die Grünen

Die Grünen haben bereits im Wahlkampf die Position der SPD zur Volksabstimmung übernommen, wohlwissend, dass es eine Falle für den Widerstand ist.

Die Grünen sagen, sie hätten bei den Koalitionsverhandlungen „hart mit der SPD“ verhandelt und mehr wäre nicht drin gewesen. De facto haben sie aber dem S-21-Lager die Tür geöffnet, um über die undemokratische Volksabstimmung der Bewegung einen Schlag zu verpassen.

Winfried Hermann, der neue Verkehrsminister war bisher ein Vorzeige-Grüner gegen Stuttgart 21. Bereits in den 90er Jahren war er entschiedener Gegner des Projekts. Er hat das Image eines „linken Grünen“. Beim Faktencheck hat er den Unsinn der Hochgeschwindigkeitsstrecke deutlich gemacht. Er hat die Tunnelstrecke durch die Alb zurecht als „hochriskant, finanziell gesehen abartig teuer, steiler als die Geislinger Steige und damit nicht güterzugstauglich“ (Interview mit „einundzwanzig“ Nr. 1, Sept. 2010) abgelehnt. Seit er Minister ist, schlägt er ganz andere Töne an: „Als Minister protestiert man nicht auf der Straße“ (welt online 12.5.2011) Und über die geplante Volksabstimmung sagt er genauso wie Kretschmann: „Das Votum wird anerkannt. Auch von mir als Minister“ Bei den Koalitionsverhandlungen wurde die Neubaustrecke von den Grünen durchgewunken. Während für die Abschaffung der Kindergartengebühren kein Geld da ist und viele Verbesserungen, die Geld kosten in der Ko-

alitionsvereinbarung unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden, akzeptieren die Grünen, dass die von der Mappus-Regierung zugesagten 950 Millionen für die unsinnige Schnellstrecke nach Ulm und der bisher zugesagte Landesanteil von 650 Millionen für S 21 garantiert sind. Dabei haben die Grünen vor der Wahl ein Gutachten eingeholt, das zu dem Schluss kommt, dass der Landeszuschuss für die ICE-Strecke nach Ulm über 950 Millionen verfassungswidrig ist. Wenn die Grünen den Finanzierungsanteil des Landes für Stuttgart 21 und die Hochgeschwindigkeitsstrecke jetzt akzeptieren, fallen sie dem Stuttgarter Bürgerbegehren in den Rücken. Denn es begründet den Ausstieg der Stadt Stuttgart auf die Verfassungswidrigkeit der Finanzierung eines Eisenbahnprojekts durch die Kommune. Abgesehen davon, dass die geplante Volksabstimmung wegen dem Quorum eine Falle für die Bewegung gegen S 21 ist, ist im Koalitionsvertrag festgelegt: „Bestandteil des zur Abstimmung gestellten Gesetzentwurfes ist dabei auch, welche Kosten auf das Land im Falle eines solchen Ausstiegs zukommen“. Die SPD spricht von 860 Millionen. Die Frage könnte also lauten: „Sind sie dafür, dass das Land Baden Württemberg 860 Millionen für den Ausstieg aus Stuttgart 21 bezahlt.“ Die Gegner von Stuttgart 21 müssten diese Frage mit Ja beantworten, weil die Verneinung ein Votum fürs Weiterbauen wäre. Solche Tricksereien müssen abgelehnt werden.

Kretschmann über Volksabstimmung

„Nüchtern betrachtet ist diese Quorum nicht zu schaffen.“ Spiegel online 21.4.2011.

„Wenn das Quorum nicht erreicht wird, ist das Ausstiegsgesetz nicht angenommen.“
STZ 23.4.2011

„Wenn es ein Ergebnis gibt, das sagt, dass Stuttgart 21 gebaut werden soll, dann haben wir uns daran zu halten. Wir machen die Volksabstimmung nach Artikel 60“. Osterausgabe taz, 23./24./25.4.2011

Von der Bahn wird bis zu einer Volksabstimmung laut Koalitionsvertrag ein Baustopp erwartet. Was die Landesregierung macht, wenn die Bahn weiterbaut, bleibt offen. Werden Kretschmann und der neue SPD-Innenminister Gall den Befehl für den Einsatz von Wasserwerfern und Schlagstöcken geben, um den Weiterbau durchzuprüfeln? Viele Aktivisten halten dies für unvorstellbar. Es sei aber daran erinnert, dass unter der SPD-Grünen Bundesregierung und unter Umweltminister Trittin Atommülltransporte mit Polizei, Wasserwerfern und dem Aushebeln von demokratischen Rechten durchgesetzt wurden.

Es ist bezeichnend, dass im Koalitionsvertrag die Polizeigewalt am 30.9. nicht verurteilt wird. Nicht Polizeigewalt und Kriminalisierung von S-21-Gegnern wird von SPD und Grünen als Problem betrachtet, sondern „Gewalt gegen die Polizei“. Die Koalition sieht ihre Aufgabe darin, sie vor „tätlichen Angriffen und Aggression zu schützen.“ Die Polizei soll sowohl personell gestärkt und als „Garant der Inneren Sicherheit“ wird ihr eine „angemessene Ausstattung, Ausbildung und Besoldung“ zugesichert. Die Landesregierung will keine neuen Lehrer, aber laut neuem Innenminister Gall 1.000 zusätzliche Polizisten einstellen. Bei „Großlagen“ soll es eine individuelle Kennzeichnung geben aber: „unter strikter Wahrung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung der Polizistinnen und Polizisten.“

Spaltung der Gesellschaft

Oberstes erklärtes Ziel von SPD und Grünen ist es „den Streit um Stuttgart 21 zu befrieden und die Spaltung in der Gesellschaft zu überwinden.“ Die Spaltung der Gesellschaft besteht allerdings im unüberbrückbaren Interessensatz zwischen der kleinen Minderheit von Kapitalbesitzern und der Mehrheit der Bevölkerung. Und Stuttgart 21 ist Ausdruck davon. Im Koalitionsvertrag wird diese Spaltung fortgeschrieben, denn er ist ein Manifest zur Aufrechterhaltung des Profitsystems und der kapitalistischen Machtverhältnisse. Weil die Kretschmann-Regierung die Reichen nicht für die Schulden des Landes zur Kasse bitten will, wird sie der Masse der Bevölkerung die Rechnung präsentieren. In der Opposition haben Grüne und SPD die Mappus-Regierung dafür kritisiert, dass sie die Steuerbetrüger-CD nicht gekauft hat. Nachdem sie an der Regierung sind, reden sie nicht mehr von dieser Chance Millionen Steuern von den Reichen einzutreiben. Selbst in dieser Frage beweisen sie sich als die Beschützer der Reichen im Ländle. Die prokapitalistische Politik von SPD/Grünen soll nicht so offen laufen, wie bei Mappus und mit Parolen wie „Politikwechsel“, „Bürgerregierung“, „Musterland für erneuerbare Energien“ und „Musterland für gute Arbeit“ kaschiert werden. Wir sollen eingelullt werden. Das Ziel, das dahinter steckt, ist den Widerstand gegen Stuttgart 21, gegen Atomkraftwerke und gegen Sozial- und Bildungsabbau „in geordnete Bahnen zu lenken“ und dadurch unwirksam zu machen. Das dürfen wir nicht zulassen. Die Bewegung gegen Stuttgart 21 sollte die Koalitionsvereinbarung zu S 21 klipp und klar ablehnen. Es muss ein klares Nein gegen den Bau der Hochgeschwindigkeitsstrecke und gegen die geplante Volksabstimmung geben. Egal was beim Stresstest herauskommt, egal ob die offiziellen Kosten bei 4,5 Milliarden bleiben oder diesen Rahmen sprengen, Stuttgart 21 ist ein durch und durch „unsinniges“ Projekt und muss verhindert werden.

„Große Teile des wirtschaftspolitischen Teils des Koalitionsvertrags könnten aus unserer Feder stammen.“ Herbert Müller, Präsident der IHK Region Stuttgart, STZ 7.5.2011

Stresstest

Manche Grüne und Aktivisten sagen, dass die Bahn den Stresstest nicht bestehen kann und das Projekt dadurch scheitern würde. Aber wahrscheinlich wird die Bahn behaupten, Stuttgart 21 habe den Stresstest bestanden, auch wenn wir AktivistInnen das Ergebnis ganz anders bewerten. Und die herrschenden Medien werden wie beim Faktencheck die Argumente von uns Gegnern ignorieren. In den Schlichtungsverhandlungen wurde vereinbart, dass die Bahn beweisen muss, dass die 8 geplanten Gleise 30% mehr Züge abfertigen können als die 16 Gleise derzeit bringen. Die derzeitige Auslastung liegt aber weit unter der Kapazitätsgrenze. Es könnten 58 Züge in der Stunde fahren und sind früher schon gefahren. Die Bahn erreicht die Vorgaben des Stresstest wenn sie 49 Züge auf die 8 Gleise in der Stunde liefern kann. Oder anders ausgedrückt: ein Rückschritt kann durch den Stresstest zum Fortschritt umgedeutet werden. Walter Sittler hat in seiner Rede bei der Montagsdemo am 2. Mai auf diese Trickserei hingewiesen. Die Konsequenz daraus muss sein, dass wir diesen Betrug beim Stresstest offen legen und darauf hinweisen, dass der Ausgang des Stresstests nichts an unserem Widerstand ändert. Ohnehin ist die geringere Kapazität des Kellerbahnhofs nicht unser einziges Argument gegen das Wahnsinnsprojekt.

„Der Stresstest wird die Leistungsfähigkeit des tiefer gelegten Bahnhofs nachweisen.“
Bahnchef Grube, Stuttgarter Zeitung 11.4.2011

Kostenexplosion

Stuttgart 21 wird den Kostenrahmen von 4,5 Milliarden Euro sprengen. Das allein wird das Projekt nicht zum Kippen bringen. Stuttgart 21 war von Anfang an keine Nutzen-Kosten-Überlegung aus gesamtgesellschaftlicher Sicht. Es war auch nie ein Verkehrsprojekt. Es war von vornerein ein Projekt zur Bedienung der Profitinteressen von Immobilienspekulanten, Baukonzernen und Banken. Oder wie Wolfgang Schorlau einmal sagte: „S21 ist, wenn man es von den ideologischen Floskeln und dem plakativen Unsinn der Werbeagenturen befreit, nichts anders als der Transfer von 10 Milliarden Steuergelder in private Kassen.“ (Zeitung „einundzwanzig Nr. 1) Je höher die Kosten, desto mehr Umverteilung findet statt. Dass Kostenrisiken bereits vor Baubeginn beziffert und öffentlich wurden ist Ergebnis unseres Widerstands. Die Münchner Gutachter Vieregg und Rössler gehen von bis zu 8,7 Milliarden Euro aus. Als sie ihr Gutachten er-

stellten, waren viele der Probleme, die sich inzwischen zeigen, noch gar nicht bekannt. Die Profiteure und Projektbetreiber werden eine Kostenexplosion vor Baubeginn niemals zugeben. Ihr Plan ist es, nach Baubeginn eine Zusatzrechnung nach der anderen zu präsentieren. Möglicherweise geben sie zu, dass ihre ursprüngliche Sollbruchstelle von 4,5 Milliarden nicht einzuhalten ist. Aber auch dafür gibt es noch einen Ausweg. Es könnte sich noch der eine oder andere Finanzier finden. Wer kann ausschließen, dass die Bundesregierung oder die Deutsche Bahn zusätzliches Geld locker machen für ein Projekt, dessen Durchsetzbarkeit für sie zur exemplarischen Durchsetzbarkeit von Großprojekten erklärt wird. Im Falle des Baus der Stuttgarter Messe hatten Unternehmer sogar eine Finanzierungszusage von 40 Millionen gegeben, aber am Ende nicht eingehalten.

Baustopp?

Die Bahn hat bis Mitte Mai einen Baustopp verkündet. Es sieht aber so aus, dass dieser Baustopp nicht in erster Linie eine Reaktion auf den Regierungswechsel ist, sondern eine durch Problemen beim Bau des Technik-



gebäudes und des Grundwassermanagements erzwungene Baupause. Die Verlängerung der Bahnsteige und die Öffnung des Bahnhofsdaches zum Bau eines neuen Quersteiges läuft unvermindert weiter. Es gibt Gerüchte, wonach der Südflügel weiter entkernt wird. Bundesverkehrsminister Ramsauer sagte am 18. Mai: „Mit der Geduld ist es vorbei“. Grube erklärte: „Die DB will und muss Stuttgart 21 bauen“. Eine Verzögerung bis Herbst koste laut Bahn 150 bis 200 Millionen. Die müsste, so Grube, die Landesregierung übernehmen, wenn der Baustopp weitergehen soll. Der Baukonzern Züblin hat für 2010 einen Gewinnsprung um mehr als 20 Millionen auf fast 60 Millionen Euro verkündet. Damit die Profite weiter sprudeln will der Konzern S 21 bauen und droht mit Schadensersatzforderungen an die Bahn, wenn es zu Verzögerungen kommt.

Koalitionsvereinbarung zu S21 ablehnen

Es war ein Fehler, dass der Schlichterspruch vom Aktionsbündnis nicht sofort abgelehnt wurde. Das hat zur Verwirrung in den eigenen Reihen geführt. Dieser Fehler wird jetzt bei der Koalitionsvereinbarung zu Stuttgart 21 wiederholt. Nicht nur vom Aktionsbündnis, sondern auch von den Parkschützern. Es gibt keine klare politische Orientierung. Vor der Wahl wurde vom Aktionsbündnis fälschlicherweise stark auf eine Grüne/SPD-Regierung orientiert. Es wurde aber immer wieder betont, dass der Widerstand nach der Wahl weitergehen müsse. Jetzt werden Illusionen geschürt, dass der Stresstest, die Kostenexplosion oder die Verfassungswidrigkeit der Mischfinanzierung das Projekt zu Fall bringen würden. Eine konkrete Strategie zur Fortsetzung des Widerstands fehlt. Das ist ein Fehler und entspricht nicht der Kampfbereitschaft und den Erwartungen von tausenden Aktivisten, die entschlossen weiterkämpfen wollen und klare Ansagen und Botschaften bei den Montagsdemos erwarten. Wir müssen klar und unmissverständlich erklären, dass wir nicht auf den Stresstest setzen und die geplante Volksabstimmung ablehnen. Die Bewegung sollte sich mit ganz konkreten Forderungen bewaffnen und die neue Landesregierung unter Druck setzen. Die wichtigsten Forderungen sind nach unserer Meinung:

1. Bau- und Vergabestopp für Stuttgart 21

- Der Bau- und Vergabestopp für Stuttgart 21 muss endgültig sein und auf die Hochgeschwindigkeitsstrecke Wendlingen – Ulm ausgedehnt werden. Rücknahme der Finanzierungsbeiträge des Landes am Bau von Stuttgart 21 und der Hochgeschwindigkeitsstrecke Wendlingen – Ulm.
- Veröffentlichung aller Verträge und Dokumente der Mappus-Regierung zu Stuttgart 21
- Keine Schadensersatzzahlungen – weder an die Bahn noch an Firmen.

2. Ende der Kriminalisierung des Widerstands gegen Stuttgart 21

- Einstellung aller Gerichtsverfahren und Rückgängigmachung bereits erfolgter Gerichtsurteile und verhängter Strafen gegen S-21-GegnerInnen und ein Ende der Kriminalisierung des Widerstands gegen S 21.

3. Aufklärung über den Schwarzen Donnerstag und Wiedergutmachung

- Aufarbeitung des 30.9. durch eine unabhängige Untersuchungskommission unter Einbeziehung der Betroffenen. Dazu gehört auch die Veröffentlichung aller Polizeivideos vom 30.9. in ungekürzter und unbearbeiteter Fassung.
- Wiederaufnahme aller niedergeschlagenen Anzeigen gegen Gewalt von Polizisten im Zusammenhang mit dem 30.9.

- Identifizierung und Suspendierung der Polizisten deren direkte Beteiligung an Misshandlungen und Provokationen durch Fotos, Videos und Zeugenaussagen belegt werden können.
- Schmerzensgeld und Schadensersatz für die Verletzten und Geschädigten des 30.9., allen voran für den erblindeten Dietrich Wagner und die anderen Schwerverletzten.
- Rückerstattung von Wegtrage-Gebühren, die bei Sitzblockaden verhängt wurden.

4. Die Verantwortlichen für den 30.9. müssen zur Rechenschaft gezogen werden

- Mappus, Gönner, Rech und Goll müssen erneut von einem unabhängigen Untersuchungsausschuss verhört werden.
- Absetzung von Oberstaatsanwalt Bernhard Häußler

5. Umfassende Reform von Polizei und Versammlungsrecht

- Schluss mit dem Einsatz von Wasserwerfern, Schlagstöcken, Pfefferspray und Videoaufzeichnungen gegen friedliche Demonstranten
- Abbestellung der neun Wasserwerfer, die die alte Landesregierung bestellt hat (Stückpreis 900.000 Euro).
- Auflösung von SEK sowie Beweissicherungs- und Festnahmeinheiten (BFE)
- Schluss mit dem Einsatz von Spitzeln gegen die außerparlamentarische Opposition
- Einsatzverweigerungsrecht und politisches Streikrecht für Polizisten
- Vorgesetzte müssen von den Mannschaften gewählt und jederzeit abwählbar sein und dürfen nicht von oben eingesetzt werden.
- Individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizisten
- Mehr Rechte für Demonstranten statt weniger. Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz.

6. Geld für Schulen, Unis, Kindergärten....

- Die (Minimum) 1,5 Milliarden Euro Finanzierungsanteil des Landes für die Hochgeschwindigkeitsstrecke und S 21 sind zur sofortigen Abschaffung der Studiengebühren und für sinnvolle Investitionen in Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, in erneuerbarer Energien usw. zu verwenden.

Bewegung gegen Stuttgart 21 verallgemeinern

Durch den Kampf gegen Stuttgart 21 wurde in der Stadt eine enorme Politisierung, eine politische Eigenaktivität von Tausenden und ein großer Zusammenhalt hergestellt. Es gibt das Bewusstsein, dass der Filz aus Wirtschaftsbossen und Politikern die Gesellschaft an den Rand des

Abgrunds führt. Es gibt die Bereitschaft für Alternativen zu kämpfen.

Der Widerstand von Tausenden wird von dieser Einsicht getragen. Das Gefühl der Ohnmacht ist vorbei. Die Erfahrung hat gezeigt, wir können was verändern, wenn wir gemeinsam kämpfen. Wir schreiben Geschichte. Unser Erfolg ist nicht begrenzt auf Stuttgart 21. Aus Angst davor, die Auseinandersetzung in der Stadt könnte weiter eskalieren, haben Schuster und Föll einige vom

„Ganz Deutschland hat sich inzwischen von uns anstecken lassen- weltweit wird über den „Stuttgarter Protest“, „den schwäbischen Widerstand“ geredet, gestritten und diskutiert.

Er steckt an, animiert und inspiriert- weil der Streit um Stuttgart 21 für so viel mehr steht als nur für S 21! Es ist auch – wie die Agenda 2010 es war! Ein Kampf um die Beschaffenheit unserer Gesellschaft, ein Kampf darum, wie unser Gemeinwesen in der Zukunft aussehen soll!

Es geht also um nicht weniger – als um alles!

Gegen ein auf Egoismen beruhendes Wirtschaftssystem- das das Gemeinwesen ausbluten lässt! Gegen die drohende Privatisierung weiter Teile der Öffentlichkeit! Gegen die Reduktion der sozialen Komponenten der Marktwirtschaft! Gegen rücksichtsloses Wirtschaftswachstum! Gegen den zerstörerischen Umgang mit Natur, Denkmalschutz und Stadtentwicklung! Gegen das Gerede von der Schnelligkeit- welches nur eine weitere Metapher dafür ist, dass die Ökonomie inzwischen die Herrschaft über unser Leben und unsere Lebensqualität erlangt hat.“

Volker Lösch in einer Rede bei einer Demonstration am 10.1.2011

Gemeinderat beschlossene Kürzungen nicht umgesetzt. Der Erhalt der ehemaligen Gestapo-Zentrale, Hotel Silber, als antifaschistische Gedenkstätte ist Ergebnis einer

Initiative, die durch die Stuttgart-21-Bewegung ihre Durchsetzungskraft erhalten hat. Die Großdemonstration von 58.000 am 19. März war nicht nur eine Demo gegen Stuttgart 21 sondern auch für die Abschaltung aller AKWs. Die Entschlossenheit des Widerstands gegen Stuttgart 21 hat die Behr-Kollegen in ihrem Kampf gegen Kündigungen ermutigt, der schließlich dazu geführt hat, dass das Arbeitsgericht ihre Kündigungen als unwirksam erklärte. Viele Stuttgart-21-Gegner sind am 1. Mai nach Heilbronn gefahren, um die Nazis zu blockieren. Bei der Montagsdemo am 2. Mai hat Walter Sittler darauf hingewiesen, dass die Stadt bei der Rekommunalisierung der Energie- und Wasserversorgung den Bürgerwillen genauso wie bei S 21 ignoriert. Die Konsequenz darauf müsste sein, dass der Kampf gegen Stuttgart 21 offener wird für andere Fragen und Gegenbewegungen. Dazu gehört vorerst, die Forderung nach Abschaltung aller AKWs und die 100%ige Rekommunalisierung der Energie- und Wasserversorgung. Das Bürgerbegehren zur Rücknahme der Netze und deren Betrieb durch die Stadt sollte aktiv unterstützt werden.

Demokratische Strukturen

Die gegenwärtigen parallelen Strukturen des Widerstands von Aktionsbündnis, Parkschützerrat und Aktionskonferenz werden den Anforderungen der Bewegung nicht gerecht. Es wäre wichtig und richtig, ein gemeinsames Gremium zu haben, in dem alle Gruppen des Widerstands vertreten sind und in dem demokratisch diskutiert und entschieden wird. Sprecher sollten gewählt und jederzeit abwählbar sein. Die Aktionskonferenz sollte Teil einer einheitlichen Struktur und beschlussfassendes Organ sein. Die Eigeninitiative einzelner Gruppen des Widerstands darf dadurch nicht eingeschränkt, sondern muss befördert werden.

Es geht um Macht und Gegenmacht

Wenn es nach Argumenten und Fakten ginge, wäre



Stuttgart 21 nie geplant worden. Beim Faktencheck war K 21 klar überlegen. Trotzdem gab es am Ende einen Schlichterspruch für S 21. Es geht nicht um Fakten und Argumente. Es geht um Profit und Macht. Die einzige Garantie, das Projekt zu Fall zu bringen ist deshalb eine mächtige Gegenbewegung.

Wir können nicht davon ausgehen, dass Stuttgart 21 mit Demonstrationen allein zu stoppen sein wird. Die Blockade- und Besetzungsaktionen waren bisher bereits ein wichtiger Bestandteil des Widerstands. Falls die Bahn weiterbaut, falls die Verrohrung der Innenstadt für die Grundwassermanipulation durchgezogen werden soll, der Südfügel abgerissen und die Bäume im Schlossgarten gefällt werden sollen, werden Blockaden und Besetzungen zum zentralen Mittel des Widerstands. Dass sich bisher nur eine Minderheit an solchen Aktionen beteiligt, liegt weniger an fehlender Bereitschaft zum Zivilen Ungehorsam, sondern eher daran, dass das Aktionsbündnis bisher die Notwendigkeit auf Montagsdemos dafür nicht vermittelt hat. Wenn sich herausstellt, dass die besten Argumente nichts nützen und die Bahn weiterbaut, wird die Bereitschaft zum Zivilen Ungehorsam eine Massenbasis bekommen. Es geht deshalb darum die Notwendigkeit von Zivilen Ungehorsam zu erklären und die organisatorischen Voraussetzungen für effektive Massenaktionen zu schaffen. Eine Situation von Unorganisiertheit, Hilflosigkeit und Ohnmacht wie beim Fällen der Bäume am Nordflügel darf sich nicht wiederholen. Das Aktionscamp vom 20.5 bis 24. 5. ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Das Kernkraftwerk in Wyhl, die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf wurden vor allem durch Blockade- und Besetzungsaktionen gestoppt. Daran müssen wir uns ein Beispiel nehmen. Aus diesen Erfahrungen müssen wir lernen. Zusätzlich sollten wir weiter Anstrengungen unternehmen, den Kampf gegen Stuttgart 21 in die Betriebe und die Gewerkschaften zu tragen. Das beste Mittel im Kampf gegen den Bau von Stuttgart 21 wäre ein politischer Streik kombiniert mit Blockadeaktionen. Die Bewegung gegen Stuttgart 21 und die Bewegung für die sofortige Abschaltung aller AKWs sollten sich auch zum Ziel setzen, die Merkel-Ramsauer-Regierung zu stürzen, sprich durch Massenproteste vorgezogene Bundestagswahlen zu erzwingen.

Die Linke

Keine Partei kann in der Regierung und gleichzeitig Opposition sein. Die Grünen haben im Widerstand gegen Stuttgart 21 bereits in der Vergangenheit eine bremsende Rolle gespielt. Der Eintritt in die Landesregierung wird diese Rolle enorm verstärken. Werner Wölfles Kritik an kämpferischen Reden bei der Montagsdemo am 16. Mai und sein Vorstoß zur Räumung der Zelte im Park sind ein Hinweis dafür. Die Beteuerung von

immer mehr Grünen-Politikern, dass sie das Ergebnis der Volksabstimmung nach der Verfassung anerkennen, spricht Bände. Das politische Vakuum muss von der Linken gefüllt werden. Dafür ist es notwendig, dass die Linke die Politik der Grünen und der SPD schonungslos kritisiert und Widerstand dagegen organisiert. Auch die Hintergründe für die prokapitalistische Politik von Grünen und SPD müssen erklärt werden.



Der Aufschrei aus den Chefetagen der Autoindustrie auf die Forderung von Kretschmann nach weniger und kleineren Autos, die Drohung des Tunnelbohrers Herrenknecht seinen Firmensitz aus Baden Württemberg wegzuverlagern und die Drohung von Züblin nach Schadensersatz wenn S 21 nicht gebaut wird, zeigen dass die Bosse sich von keiner Regierung ihre Profite in Frage stellen lassen. Sie setzen ihre ökonomische Macht ein, um die Politik zu bestimmen bzw. Regierungen zu erpressen. Deshalb muss die Linke an den Beispielen von S 21, der Atommafia, der Autolobby, der Eurokrise und der Krise des Kapitalismus aufzeigen, dass die Macht der Konzerne und Banken gebrochen werden muss. Der Kapitalismus und sein scheindemokratisches politisches System müssen abgeschafft und durch eine Gesellschaft ersetzt werden, in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung und Umwelt durch demokratischer Selbstbestimmung durchgesetzt werden. Die Politisierung und Radikalisierung der Stuttgart-21-Bewegung, die hohe Bereitschaft sich politisch zu engagieren sollte von der Linken genutzt werden radikale Kampfsschritte vorzuschlagen und zu initiieren und gleichzeitig antikapitalistisches und sozialistisches Bewusstsein zu schaffen. Dafür setzt sich die SAV als marxistischer Flügel in der Partei DIE LINKE ein.

Unser Programm gegen S 21

- Nein zu S 21 einschließlich der Hochgeschwindigkeitsstrecke Wendlingen – Ulm.
- Die Gäubahn muss bleiben und ausgebaut werden.
- Verwendung der 14 Milliarden, die dafür sinnlos vergraben werden, für den sinnvollen Ausbau des öffentlichen Verkehrs, für Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, bezahlbare Wohnungen.
- Nein zum Börsengang und zur Privatisierung der Bahn. Die Gewinne der Bahn müssen für den Ausbau des Streckennetzes, für Fahrpreissenkungen, für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen der Bahnbeschäftigten verwendet werden.
- Entlassung von Grube und aller anderen Bahnvorständen und Aufsichtsräten. Demokratische Verwaltung der Bahn durch gewählte Vertreterinnen der Beschäftigten, der Bahngewerkschaften, Organisationen wie „Bahn von unten“, „Pro Bahn“, Verkehrsclub Deutschland VCD, BUND sowie regionalen Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen wie z.B. die Bewegung gegen S 21 oder die Bürgerinitiative Rheintalbahn. Diese gewählten VertreterInnen sollten nicht mehr verdienen als den durchschnittlichen Lohn der Bahnbeschäftigten und jederzeit abwählbar sein.
- Entlassung der Chefs und Aufsichtsräte der SSB/VVS und demokratische Verwaltung des Nahverkehrs durch demokratisch gewählte Beschäftigte und Nutzer
- Ausbau des S-Bahn-Netzes und des gesamten öffentlichen Nahverkehrs. Enge Koordination und Vertaktung zwischen kommunalen Verkehrsbetrieben und Bundesbahn
- Nulltarif im gesamten VVS
- Die Stadt gehört uns. Schluss mit Immobilienspekulation, Kommerz, Prestigebauten, Bürobunkern und Betonwüsten. Für eine demokratische Stadtplanung im Interesse und unter der Kontrolle der hier lebenden und arbeitenden Menschen. Dafür muss in allen Stadtteilen und stadtweit eine Bürgerbeteiligung mit Entscheidungs- und Kontrollbefugnis erfolgen.
- Diktatur der Banken und Konzerne beenden. Überführung aller Banken und Konzerne in Gemeineigentum. Umstellung der Autoindustrie auf die Produktion eines umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrssystems und andere gesellschaftlich sinnvolle Technologien.

- Für eine geplante Wirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der Masse der Bevölkerung und der Umwelt orientiert und nicht am Profitinteresse einer Minderheit.
- Direkte und echte Demokratie auf allen Ebenen der Gesellschaft statt Repression und parlamentarische Scheindemokratie. In einer sozialistischen Gesellschaft ist eine Rätedemokratie möglich, d.h. es gibt auf allen Ebenen in der Gesellschaft angefangen von Schulen, Betrieben, Stadtteilen demokratisch gewählte Räte als Leitungsorgane. Diese Räte sind lokal, regional und bundesweit vernetzt und leiten so die Gesellschaft in Form direkter Demokratie. Die gewählten Räte müssen jederzeit abwählbar sein und dürfen nicht mehr verdienen als einen Durchschnittslohn.

Wer wir sind und was wir wollen

Die SAV ist eine revolutionär sozialistische Organisation und bildet in der Partei Die LINKE einen marxistischen Flügel.

Für uns ist das Projekt Stuttgart 21 kein Ausrutscher des Kapitalismus. Stuttgart 21 ist ein Beispiel wie Kapitalismus funktioniert.

Einzig und allein die Profitinteressen von Banken, Immobilienhainen und Konzernen zählen. Die Politiker der Stuttgart 21-Parteien sind durch und durch korrupt.

Die SAV Stuttgart war von Anfang an aktiv gegen Stuttgart 21. Wir setzen uns in der Linken dafür ein, dass die Partei sich aktiv am Aufbau des Widerstandes gegen Stuttgart 21 beteiligt. SAV-Mitglieder haben den Aufbau der „Jugendoffensive gegen S21“ mitinitiiert. Andere sind aktiv im Aktionskreis „Cannstatter gegen Stuttgart 21“.

Für uns ist der Kampf gegen Stuttgart 21 Teil des Kampfes gegen das Profitsystem. Auf der Grundlage des Kapitalismus kommen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung immer mehr unter die Räder. Deshalb muss der Kampf gegen Stuttgart 21, der Kampf gegen die Angriffe des Kapitals und für Verbesserung mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft verbunden werden.

Sozialismus heißt, dass planmäßig nach den Bedürfnissen der Menschen produziert wird, organisiert durch die Selbstverwaltung der arbeitenden Menschen.

In der DDR gab es keinen Sozialismus, sondern eine Diktatur einer kleinen Minderheit von Staatsfunktionären.

Kapitalismus herrscht global. Deshalb muss der Kampf für die Abschaffung des Kapitalismus international geführt werden. Die SAV ist dafür mit mehr als 35 Organisationen und Parteien auf allen Kontinenten im Komitee für den Aufbau einer Arbeiterinternationale (CWI) zusammengeschlossen. Werdet Mitglied in der SAV und im CWI.